SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG
20. Wahlperiode

Drucksache 20/287
22.09.2022

Bekanntmachung

der Präsidentin
des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Resolution des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee

Das 18. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat in Danzig eine Resolution verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext gebe ich hiermit bekannt.

Kristina Herbst

RESOLUTION

des 18. Parlamentsforums

Südliche Ostsee

Unter Vorsitz des Sejmiks der Wojewodschaft Pomorskie

Europäischer Grüner Deal – Wasser und Klimawandel

Gdańsk, 18.-20. September 2022

SAMORZĄD
WOJEWÓDZTWA POMORSKIEGO

Resolution
des 18. Parlamentsforums
Südliche Ostsee

unter Vorsitz des Sejmiks der Wojewodschaft Pomorskie
Danzig, 18. – 20. September 2022

Das 18. Parlamentsforum Südliche Ostsee tagte in der Zeit vom 18.09. bis 20.09. 2022 in Danzig zum Thema:

„Europäischer Grüner Deal – Wasser und Klimawandel"

Der Umweltschutz, die nachhaltige Entwicklung und die Klimaneutralität bilden die Schlüsselherausforderungen des dritten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts. Die Klimafragen werden auf allen politischen Ebenen – international, national und kommunal sowie in der Zivilgesellschaft durch Organisationen und Verbände bewegt. Nur durch gemeinsames Handeln können die ambitionierten Umweltziele erreicht werden, die in der Strategie des Europäischen Grünen Deals formuliert sind. Sein Konzept beinhaltet eine ganze Reihe von Maßnahmen, die zum Ziel haben, die Agenda der Vereinten Nationen (UN) für nachhaltige Entwicklung 2030 umzusetzen und Klimaneutralität der Europäischen Union bis 2050 zu erreichen.

Zu der Notwendigkeit, entschlossene Maßnahmen zum Schutz der Wasserressourcen in der Region der südlichen Ostsee zu ergreifen, nehmen auch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee in ihrer Schlussresolution Stellung und stimmen den Zielen des Europäischen Grünen Deals zu.

Empfänger der Schlussresolution des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee sind die Entscheidungsträger auf unterschiedlichen Stufen des vielschichtigen europäischen Systems.

Dazu zählen im Einzelnen:

- das Europäische Parlament und die Europäische Kommission,
- Institutionen und Organisationen im Ostseeraum: der Ostseerat (CBSS), die Helsinki Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseeraums (HELCOM), das Netzwerk Vision and Strategies around the Baltic Sea (VASAB), die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), die Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC), die Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas (KPKR) – die Ostsee-Kommission (BSC), die Union der Ostseestädte (UBC), die Euroregionen Pomerania und Ostsee,
- Internationale Seeschifffahrts-Organisation (IMO),
- National- und Landesregierungen, regionale Selbstverwaltungen sowie Partnerschaftsparlamente im Ostseeraum.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

1. stellt fest, dass:

a) natürliche Wasservorkommen keine nur übliche Handelsware sind, sondern ein gemeinsames Gut und eine begrenzte Ressource, die geschützt und nachhaltig verwendet werden sollen, sowohl qualitativ als auch quantitativ;
b) der Zugang zu sauberem Trinkwasser als Teil der Daseinsvorsorge für alle sichergestellt sein muss;
c) der Klimawandel zur Steigerung des Wasserpegels der Meere führt, was die Hochwassergefahr in den Küstenregionen intensiviert; zu Dürre und Wassermangel führt; die Entwicklungschancen in unterschiedlichen Bereichen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens beeinträchtigt. Die globale Erwärmung die Durchmischung der Ozeane verlangsamt, die Löslichkeit von Sauerstoff und Kohlendioxid im Wasser mit zunehmender Temperatur sinkt und durch Emissionen von Industrie und Verkehr und Einträgen aus der Landwirtschaft immer mehr Nährstoffe ins Meer gelangen, was massenhaftes Algenwachstum und einen hohen Sauerstoffverbrauch beim Abbau toter Biomasse zur Folge hat;
d) die größere Häufigkeit von Extremereignissen wie Stürmen und Überschwemmungen verursachen das Auswaschen von Schadstoffen,
e) der Klimawandel die Umweltbedingungen am Meeresboden der Ostsee verändert, was zum Austritt von Schadstoffen aus Altlasten führen kann;
f) die natürliche Wasserrückhaltung in den ländlichen Regionen des Ostseeraumes sinkt, es aber auch in Städten zu ernsten Problemen kommt, insbesondere wo Entwässerungssysteme leistungsschwach sind;
g) die wirtschaftliche und städtische Entwicklung, darunter eine dynamische Raumentwicklung, zur systematischen Bebauung und damit zu einer Versiegelung von Grünflächen und zur Verdichtung urbanisierter Gebiete führt, was eine effektive und nachhaltige Bewirtschaftung der Regen- und Tauwasserressourcen, insbesondere durch Rückhaltung erschwert;
h) starke Regenfälle, die zu lokalen Überschwemmungen führen, einen Risikofaktor nicht nur in den Städten bilden, sondern, wegen ihrer intensiven Entwicklung, immer öfter Gefahren in stadtnahen und ländlichen Gebieten darstellen, was eine dringende Änderung der Herangehensweise an die Bewirtschaftung – insbesondere an die Entwässerung - dieser Gebiete erzwingt, unter Berücksichtigung der Erweiterung einer nachhaltigen blau-grünen Infrastruktur;
i) die Umweltzerstörung durch Boden, Luft- und Wasserverunreinigung eine Wirkungskette zur Minderung der Zahl der Arten und der biologischen Aktivität der Ökosysteme auslöst, was die Qualität der Ressourcen für die Lebensmittelherstellung, der Luft und der ökologisch/sanitären Bedingungen beeinträchtigt;
j) es immer öfter zu Dürren in den Wachstumsperioden und Erntezeiten kommt, was zur Reduzierung des Erntevolumens und dadurch auch zu einer Verknappung sowie zu Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Ressourcen führt, und Langzeitdürren zudem die Trinkwasserversorgung beeinträchtigen können;
k) die immer längeren schneefreien Perioden zu einem ernsthaften Problem geworden sind, da sie den Grundwasserspiegel und hydrologische Trockenzeiten beeinflussen;

l) die Weltmeere überaus bedeutsam für die Regulation des Klimas sind, durch die Speicherung von Wärme im Sommer und Abgabe dieser im Winter, den Transport der Wärme aus den Tropen in die hohen Breiten, die Entziehung von Kohlendioxid aus des Atmosphäre, die Produktion von Sauerstoff; sich auch die Ostsee aktuell sehr stark erwärmt und damit ein starker Rückgang wirtschaftlich genutzter Fischbestände, insbesondere von Dorsch und Hering, einhergeht;

m) die Verschmutzung der Meere mit Plastikmüll und insbesondere Mikroplastik und von Kunststoffen abgeleitete phenolische Verbindungen das Ökosystem bedrohen, Meeresorganismen schaden und durch den Verzehr von kontaminierten Fischen und Meeresfrüchten Menschen gefährden können;

n) die auf dem Grund der Ostsee liegenden gefährlichen Überreste des Zweiten Weltkriegs stellen eine ernsthafte Bedrohung für die lebenden Ressourcen des Meeres sowie für das Leben und die Gesundheit von Menschen dar.

2. sieht die Notwendigkeit:

a) die Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu intensivieren;

b) die natürlichen Wasserressourcen und Feuchtgebiete zu schützen und Wasserrückhaltung zu stärken, insbesondere durch Entwicklung der blau-grünen Infrastruktur (insbesondere durch die Wiedervernässung von Mooren) und die Stärkung des Rückhaltungspotentials der vorhandenen Entwässerungssysteme, was zur Minderung des Dürrephänomens beitragen wird;

c) die Hochwassergefahr seitens der Binnengewässer und des Meeres im Ostseeraum zu mindern, und zwar unter Berücksichtigung des Ökosystemansatzes;

d) insbesondere im städtischen Raum das Wassermanagement auf versiegelten Flächen wie Dächern, Gehwegen und Straßen – sowohl im öffentlichen Raum als auch auf Privatgrundstücken – anhand des Konzepts der Schwammstadt dahingehend weiterzuentwickeln, dass das Wasser am Ort des Niederschlags zurückgehalten und dort verdunsten und/oder versickern kann, durch Entwicklung der blau-grünen Infrastruktur, beispielsweise durch Entsiegelung, über das Stadtgebiet verteilte Grünflächen (wie wasseraufnehmende Regengärten) sowie Fassaden- und Dachbegrünung;

e) eine verstärkte Nutzung der vorhandenen und neuentstehenden Grünflächen in Städten und insbesondere in Großstädten zur Regen- und Tauwasserrückhaltung anzustreben;

f) eine intensive, breit angelegte und kohärente Bildungskampagne zum Schutz der Wasser-, Klima- und Umweltressourcen durchzuführen, die Bürger aller Altersstufen motiviert und aktiviert, sich im Kampf gegen den Klimawandel und für den Erhalt der Biodiversität zu engagieren (bspw. durch Verbreitung der Unterrichtsmaterialien für die Bildung in Kita und Schule, Wettbewerbe, Öko-Picknicks, Debatten, Aufführungen);

g) eine breit angelegte, an Unternehmen und Privathaushalte gerichtete Informationskampagne unter Beteiligung der lokalen Verwaltungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) durchzuführen zu den Themen „Bedeutung von Wasser" und „Wasser sparen und rationell nutzen", dazu fachbezogene Fortbildungen für Lehrpersonal zu den Themen Klimakrise und Klimaschutz anbieten und direkt einsetzbares und qualitätsgeprüftes Unterrichtsmaterial für alle Schulformen und Stufen bereitstellen;

h) die blau-grüne Infrastruktur weiterzuentwickeln und einen nachhaltigen Ansatz bei der Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur im Ostseeraum zu fördern;

i) die Treibhausgasemissionen massiv und so schnell wie möglich zu reduzieren;
j) die Verunreinigung der Gewässer, insbesondere der Ostsee, des Bodens und der Luft einzuschränken, sowohl in ländlichen Gebieten, als auch im städtischen Raum;
k) die Effektivität der Abwasserreinigung zu steigern und die Abwasserinfrastruktur auszubauen sowie die blau-grüne Infrastruktur als Infrastruktur, die den Prozess der Wasser- und Abwasserbehandlung unterstützt, zu entwickeln;
l) gemeinsame Initiativen im Ostseeraum zu entwickeln zwecks Wiederaufbaus der Meeresökosysteme und Aufrechterhaltung der Biodiversität der Meere, Meereswasser zu reinigen und Verunreinigungsquellen auf dem Festland zu entfernen, und insbesondere das Phänomen der Eutrophierung einzuschränken;
m) die Neutralisierung und Entsorgung der gefährlichen Altlasten aus dem 2. Weltkrieg, die auf dem Ostseeboden liegen, voranzubringen;
n) den Wasserschutz in verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft, dem verarbeitenden Gewerbe, der Aquakulturwirtschaft, der Wirtschaftsverkehre, der Energiewirtschaft, des Katastrophenschutzes sowie der Wasser- und Abwasserinfrastruktur zu intensivieren;
o) die Forschung und Entwicklung schonender Fangmethoden und deren Einsatz in der Fischerei sowie besseres Monitoring zu unterstützen und die Entwicklung von Regionalmarken mit überregionaler Ausstrahlung im Fischereisektor zu fördern.

3. **erwartet Maßnahmen auf der überregionalen Ebene zur:**

a) Erhöhung der Umwelt- und Energiesicherheit;
b) Berufung einer Gruppe von regionalen Expertinnen und Experten, die den Zustand der Umwelt im Verlauf der Umsetzungsmaßnahmen und wassersparenden Technologien kontinuierlich überwacht;
c) Umsetzung von Methoden zur Entsorgung von gefährlichen Altlasten (Erdöl, Munition, Chemiewaffen) aus dem Ostseeboden;
d) Intensivierung der Bestrebungen zur Klimaneutralität, durch Einschränkung der Emissionen und Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern Klimaneutralität herzustellen, darunter die Unterstützung von Projekten zur Diversifizierung der Erneuerbaren Energien und der Begünstigung des Baus von Offshore-Windenergie;
e) Umsetzung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft und der Strategie „Vom Hof auf den Tisch";
f) Schaffung der Bedingungen zur Umwandlung des Ostseeraumes zu einer Vorbildregion im Bereich der wassersparenden Technologien;
g) Intensivierung von Bildungsangeboten zur Steigerung des Bewusstseins der Einwohner im Bereich des Schutzes der globalen Wasserressourcen (Wiederverwendung von Regen- und Grauwasser) und vor allem besondere Anreize zum sparenden Umgang mit Wasser für Unternehmen, Tourismus, private Haushalte, Industrie und Landwirtschaft;
h) Umsetzung von Politiken, die zum Ziel haben, Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität, der Umwelt und des Klimas auf allen Verwaltungsebenen und in allen Bereichen der Wirtschaft zu intensivieren;
i) Bewirtschaftung der Gebiete, die durch Hochwasser besonders gefährdet sind, und zwar auf solche Art und Weise, dass die Bestimmungen der vorhandenen Bewirtschaftungspläne für Einzugsgebiete und Hochwasserrisikomanagementpläne nicht verletzt werden;

j) Stärkung des Schutzes bzw. der Wiederherstellung der natürlichen Wasserressourcen, Sumpfgebiete/Moore und der Wasserrückhaltung, insbesondere durch die Entwicklung von natürlichen Landschaftsformen zur Verbesserung der Versickerung und Verdunstung sowie der Rückhaltung und Erhöhung des Rückhaltungspotentials der blau-grünen Infrastruktur und der vorhandenen Entwässerungssysteme, was zur Minimalisierung von Dürren beitragen wird;
k) Anreize zu setzen für nasse Moornutzung und Paludikultur als landwirtschaftliche Nutzform;
l) Schaffung der Bedingungen für die Entwicklung einer klimafesten Infrastruktur zur Rückhaltung und Bewirtschaftung von Regen- und Tauwasser;
m) Änderung der Funktionsweise der Landwirtschaft zwecks Minderung der Ableitung der Biogene ins Wasser;
n) nach dem Vorsorge- und Verursacherprinzip das Augenmerk auf Verursacher von verunreinigtem Wasser legen, Verunreinigen schon an der Eintragsquelle stoppen, notwendige Reinigungskosten fair verteilen und Verursacher stärker in die Pflicht nehmen;
o) die Verschmutzung der Meere durch Plastikmüll und Mikroplastik schon an der Ursache aufhalten, Plastikmüll nicht exportieren, sondern hochwertig recyceln, internationale Abkommen zum Stopp von Plastikvermüllung der Meere abschließen und Mikroplastik in Kosmetika & Pflegeprodukten verbieten;
p) Wasser als öffentliches Gut zu schützen, dafür zu sorgen, dass die Wasserversorgung in der öffentlichen Hand bleibt, um Wassermangel durch Privatisierungen zu vermeiden, wobei die kommunale Rolle über die Wasserwirtschaft gestärkt und der Vorrang der Trinkwasserversorgung gegenüber gewerblicher Nutzung sicherzustellen ist;
q) Prüfung, ob der Bau von Entsalzungsanlagen – unter Berücksichtigung der dafür einzusetzenden Energie – Wassermangel entgegenwirken kann und ggf. den vorsorglichen Bau von Entsalzungsanlagen;
r) Vorbereitung und Erprobung der erforderlichen Technologie zur Verwertung der nach dem Zweiten Weltkrieg verbliebenen Schadstoffe.

4. fordert die regionalen und nationalen Regierungen und die Europäische Kommission auf:

a) die kritischen Umweltparameter der Ostsee, darunter auch der Danziger Bucht und des Frischen Haffs, ständig zu überwachen, insbesondere diejenigen, die mit gefährlichen Stoffen, die aus den Schiffswracks und Chemiewaffen aus dem 2. Weltkrieg stammen, verbunden sind;
b) die Methoden der Entsorgung von gefährlichen Altlasten aus der Ostsee weiterzuentwickeln sowie die Entsorgung der Altlasten voranzutreiben und EU-Programme zu erstellen, mit denen die Finanzierung dieser Entsorgung möglich wird;
c) Maßnahmen zur Minderung schädlicher Emission in die Umwelt, darunter in die Ostsee, zu intensivieren;
d) weitere Stärkung der Bedeutung und des Bedürfnisses der Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zu betreiben;
e) in den Strategiepapieren die Notwendigkeit des Schutzes der Küstengebiete vor Meereshochwasser zu berücksichtigen, im Zusammenhang mit dem Anstieg des Meeresspiegels und dem Kehrwasser;
f) umweltpolitische Maßnahmen zur Verhinderung des Klimawandels entschlossen zu ergreifen sowie deren Wirksamkeit zu überwachen;

g) Arbeiten an Empfehlungen des Europaparlaments bezüglich der Möglichkeit, gereinigtes Kommunalabwasser für die landwirtschaftliche Bewässerung zu verwenden, zu beschleunigen;
h) in natürliche Hochwasserschutzformen und Dürrevorbeugung zu investieren – u.a. durch die Wiederherstellung der natürlichen Rückhaltung, kleiner Flüsse und Sumpf- bzw. Moorgebiete sowie der Bildung von Polder;
i) Projekte der dezentralen/lokalen blau-grünen Infrastruktur zu unterstützen, durch die Regenwasser zurückgehalten und vor Ort versickert oder verdunstet wird, wodurch die Folgen einer Hitze-/Dürreperiode gemindert werden können;
j) die Zusammenarbeit zwischen denjenigen Akteuren zu vertiefen, die sich mit dem Problem der Verunreinigung der Meere in Makroregionen Europas und in der Welt auseinandersetzen zwecks Erfahrungsaustausches zu Techniken der Entsorgung von gefährlichen Stoffen aus dem Wasser, wie z. B. Erdölderivate, chemische Kampfmittel, Munition und deren Derivate;
k) Wasser- und Abwasserinvestitionen und die Entwicklung der Infrastruktur zur Rückhaltung und Bewirtschaftung von Regen- und Tauwasser zu unterstützen und mitzufinanzieren,
l) bei allen erforderlichen und angesichts des Klimawandels notwendigen Maßnahmen die soziale Dimension zu berücksichtigen und diese entsprechend sozialverträglich zu gestalten. Zentrale Maßnahmen umfassen hierbei finanzielle Unterstützung, Förderprogramme und kostenlose Beratungsangebote. Ebenso gehört dazu die Förderung von Innovation, um Unternehmen in die Lage zu versetzen, neue Arbeitsplätze zu schaffen ebenso wie Investitionen in die mit dem Wandel verbundene Umstrukturierung des Arbeitsmarktes sowie in Umschulung und Weiterbildung;
m) Einbeziehung historischer Schadstoffe und des Problems ihrer erneuten Emissionen infolge des Klimawandels in die Unionforschungsagenda;
n) die Unterstützung der Umweltdienstleistungen im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) zu verstärken;
o) zur Förderung der Forschung zur Steigerung der „CO2-Senkenfunktion der Ostsee", insbesondere zur Kultivierung von Seegras;
p) neue Regulierungen für die Nutzer der Wasserfläche der Ostsee (für Schifffahrt, Naturschutz, Energie, Tourismus) mit Blick auf den verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien vorzunehmen;
q) die Richtlinien für ein Netz von Schutzgebieten grenzüberschreitend zu erstellen;
r) grenzüberschreitende Programme der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (INTERREG) als Instrumente zur Umsetzung von Initiativen zur Unterstützung des Grünen Deals nicht nur im Bereich der sanften Projekte (Kooperation von Menschen für Menschen) oder Low-Budget-Projekte mit Investitionselementen, sondern darüber hinaus im Bereich grenzüberschreitende Infrastrukturaktivitäten zu nutzen;
s) EU-Mitteln aus ausgesetzten grenzüberschreitenden ETZ-Programmen mit Beteiligung der Russischen Föderation und Belarus auf Programme mit Beteiligung von EU-Regionen, die unter den sozioökonomischen Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine leiden zu übertragen.

5. **Angesichts des katastrophalen Fischsterbens an der Oder (Juli-August 2022) sowie vieler weiterer Fischsterben in Teilen Europas, die u. a. im Zusammenhang mit dem Klimawandel, Dürren und geringer Wasserführung in Fließgewässern stehen, werden notwendige Anpassungsbedarfe bei der Bewirtschaftung der Oberirdischen Gewässer gesehen.**

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee fordert die regionalen und nationalen Regierungen und die Europäische Kommission auf:

a) die Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Gewässer-Management, inklusive bei der Aufstellung und Aktivierung von Warn- und Alarmplänen zu verbessern;
b) den Aufbau von Frühwarnsystemen unter Anwendung moderner Technologien (z.B. Fernüberwachung für Algenblüten) voranzutreiben;
c) illegale Einleitungen von Abwasser in die Gewässer zu identifizieren und zu unterbinden;
d) legale Einleitungen von Abwasser an die Leistungsfähigkeit der Gewässer-Vorflut in Niedrigwasserphasen anzupassen, bzw. herunterzufahren;
e) den Rückhalt von Wasser in der Landschaft zu steigern und dem Hochwasserschutz Priorität zu geben.

19. Parlamentsforum Südliche Ostsee

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee dankt der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg für die Bereitschaft, die Sitzung des 19. Parlamentsforums im Jahre 2023 zu organisieren.

Sejmik der Wojewodschaft Pomorskie

Sejmik der Wojewodschaft Ermland – Masuren

Sejmik der Wojewodschaft Westpommern

Landtag Mecklenburg - Vorpommern

Landtag Schleswig -Holstein

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg

Gdańsk, 20 September 2022

REZOLUCJA

18. Forum Parlamentów
Regionalnych Południowego Bałtyku

pod przewodnictwem Sejmiku Województwa Pomorskiego

Europejski Zielony Ład - Woda a zmiany klimatyczne

Gdańsk, 18-20 września 2022 r.

SAMORZĄD
WOJEWÓDZTWA POMORSKIEGO

Rezolucja
18 Forum Parlamentów
Regionalnych Południowego Bałtyku

pod przewodnictwem Sejmiku Województwa Pomorskiego, Gdańsk, 18 -20 września 2022 r.

18. Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku obradowało w dniach od 18.09. do 20.09. 2022 roku w Gdańsku na temat:

„Europejski Zielony Ład - Woda a zmiany klimatyczne"

Ochrona środowiska, zrównoważony rozwój i neutralność klimatyczna stanowią kluczowe wyzwania trzeciej dekady XXI wieku. Kwestie klimatyczne poruszane są na wszystkich szczeblach polityki międzynarodowej, rządowej, samorządowej oraz organizacji pozarządowych. Jedynie wspólne działanie umożliwi osiągnięcie ambitnych celów środowiskowych, które sformułowane są w strategii Europejskiego Zielonego Ładu. Jego koncepcja zawiera szereg działań mających na celu wdrożenie agendy Organizacji Narodów Zjednoczonych (ONZ) na rzecz zrównoważonego rozwoju 2030 oraz umożliwienie osiągnięcia przez Unię Europejską neutralności klimatycznej do 2050 roku.

W sprawie konieczności podjęcia zdecydowanych działań w celu ochrony zasobów wodnych w Regionie Południowego Bałtyku stanowisko zajęli również członkinie i członkowie *18. Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku* w rezolucji końcowej, w której aprobują cele Europejskiego Zielonego Ładu.

Adresatami rezolucji końcowej 18. Forum Regionalnych Parlamentów Południowego Bałtyku są decydenci reprezentujący różne szczeble europejskiego systemu wielopłaszczyznowego. Zaliczamy do nich:

- Parlament Europejski i Komisję Europejską,
- instytucje i organizacje w basenie Morza Bałtyckiego: Radę Państw Morza Bałtyckiego (CBSS), Komisję Helsińską - Komisja Ochrony Środowiska Morskiego Bałtyku (HELCOM), sieć współpracy Vision and Strategies around the Baltic Sea (VASAB), Konferencję Parlamentarną Morza Bałtyckiego (BSPC), Konferencję Subregionalną Współpracy Państw Morza Bałtyckiego (BSSSC), Konferencję Peryferyjnych Regionów Morskich Europy (CPMR) – Komisję Morza Bałtyckiego (BSC), Związek Miast Bałtyckich (UBC), Euroregion Pomerania, Euroregion Bałtyk,
- Międzynarodową Organizację Morską (IMO),
- rządy krajowe i regionalne oraz samorządy terytorialne, jak również parlamenty partnerskie w Regionie Morza Bałtyckiego.

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

1. **stwierdza, że:**

a) naturalne zasoby wodne nie są jedynie produktem handlowym, lecz wspólnym dobrem i ograniczonym zasobem, który należy chronić i wykorzystywać w zrównoważony sposób, zarówno pod względem jakości, jak i ilości;

b) dostęp do czystej wody pitnej musi być zapewniony wszystkim, jako część usług użyteczności publicznej;

c) zmiany klimatu powodują podnoszenie się poziomu mórz, zwiększając zagrożenie powodziowe terenów nadbrzeżnych, prowadzą do susz i niedoborów wody, ograniczając szanse rozwojowe w różnych obszarach życia społecznego i gospodarczego. Globalne ocieplenie powoduje spowolnienie cyrkulacji oceanicznej, rozpuszczalność tlenu i dwutlenku węgla w wodzie zmniejsza się wraz z rosnącą temperaturą, a w wyniku emisji z przemysłu i transportu oraz rolnictwa do mórz dostaje się coraz więcej substancji odżywczych, co powoduje masowy rozwój glonów oraz wysokie zużycie tlenu w procesie rozkładu martwej biomasy;

d) większa częstotliwość zjawisk ekstremalnych, takich jak sztormy i powodzie powoduje wymywanie zanieczyszczeń z lądu;

e) zmiana klimatu powoduje zaburzenie warunków środowiskowych na dnie Bałtyku, co może prowadzić do reemisji historycznych zanieczyszczeń;

f) obserwuje się spadek poziomu naturalnej retencji wodnej na obszarach wiejskich regionów Morza Bałtyckiego, jak również rosnący problem w miastach, w szczególności tam, gdzie funkcjonują niewydolne systemy odwodnienia;

g) rozwój gospodarczy i miejski, w tym dynamiczny proces zagospodarowania przestrzeni generuje systematyczną zabudowę i uszczelnienie podłoża na terenach zielonych oraz zagęszczenie zurbanizowanych obszarów, co utrudnia efektywne zarządzanie zasobami wód opadowych i roztopowych, w szczególności poprzez retencjonowanie;

h) deszcze nawalne powodujące lokalne podtopienia stanowią ryzyko nie tylko w miastach, ale także, ze względu na intensywny rozwój, coraz częściej na terenach podmiejskich, co wymusza pilną potrzebę zmiany podejścia do zagospodarowania a zwłaszcza odwodniania tych obszarów, ze szczególnym uwzględnieniem zrównoważonej błękitno-zielonej infrastruktury;

i) pogorszenie stanu środowiska naturalnego poprzez zanieczyszczenie gleby, atmosfery i wód powoduje ubożenie gatunków oraz zmniejszenie aktywności biologicznej ekosystemów, co ma ujemny wpływ na jakość surowców do produkcji żywności, powietrza i warunki ekologiczno-sanitarne;

j) w okresach wzrostu plonów oraz w okresach żniw coraz częściej występują susze, które wpływają na obniżenie wolumenu plonów, a przez to na niższą podaż i wzrost cen żywności oraz surowców rolniczych; długotrwałe susze mogą prowadzić także do zagrożeń dla zaopatrzenia ludności w wodę do celów spożywczych;

k) skrócenie okresu zalegania pokrywy śnieżnej stało się istotnym problemem wpływającym na stan poziomu wód oraz pogłębianie się zjawiska suszy hydrologicznej;

l) morza są niezwykle ważne w regulacji klimatu, poprzez magazynowanie ciepła latem i uwalnianie go w okresie zimowym, transport ciepła z tropików do wysokich szerokości geograficznych,

kumulację dwutlenku węgla z atmosfery, produkcję tlenu; obecnie następuje również bardzo silne ocieplenie Morza Bałtyckiego, czemu towarzyszy gwałtowny spadek zasobów ryb eksploatowanych gospodarczo, zwłaszcza dorsza i śledzia;

m) zanieczyszczenie mórz odpadami z tworzyw sztucznych, a zwłaszcza mikroplastikiem i związkami fenolowymi pochodzącymi z plastiku zagraża ekosystemowi, szkodzi organizmom morskim i może stanowić zagrożenie dla ludzi na skutek spożywania skażonych ryb i owoców morza;

n) zalegające na dnie Morza Bałtyckiego, niebezpieczne pozostałości po II wojnie światowej stanowią poważane zagrożenie dla żywych zasobów morza a także dla życia i zdrowia ludzi;

2. **widzi konieczność:**

a) intensyfikacji działań adaptacyjnych do zmian klimatu;

b) ochrony naturalnych zasobów wodnych i terenów podmokłych oraz wzmocnienia retencji wody, w szczególności poprzez rozwój błękitno-zielonej infrastruktury (zwłaszcza poprzez wtórne nawadnianie torfowisk) i wzmacniania potencjału retencyjnego systemów melioracyjnych, co będzie się przyczyniało do minimalizacji zjawiska suszy;

c) zmniejszania zagrożenia powodzią od strony wód śródlądowych i morza w Regionie Południowego Bałtyku z uwzględnieniem podejścia ekosystemowego;

d) zmiany podejścia do zagospodarowania wody w szczególności na obszarach miast na powierzchniach nieprzepuszczalnych takich jak dachy, chodniki i drogi – zarówno na terenach publicznych, jak i na posesjach prywatnych – według koncepcji miasta-gąbki tak, aby wodę zatrzymywać w miejscu opadów i pozwalać jej tam parować lub wsiąkać poprzez rozwój błękitno-zielonej infrastruktury np. usuwanie uszczelnienia gruntów, alokację zieleni na terenie miasta (np. ogrodów deszczowych) lub zazielenianie elewacji i dachów;

e) dążenia do intensywniejszego wykorzystania istniejących i nowo powstających terenów zieleni w miastach a zwłaszcza w metropoliach do retencji wód opadowych i roztopowych;

f) prowadzenia intensywnej, szerokiej i spójnej edukacji na rzecz ochrony zasobów wody, klimatu i środowiska naturalnego aktywizującej i angażującej mieszkańców z wszystkich grup wiekowych w działania przeciw zmianom klimatycznym oraz na rzecz ochrony różnorodności biologicznej (np. poprzez upowszechnianie scenariuszy lekcji dla przedszkoli i szkół, konkursy, pikniki ekologiczne, debaty, spektakle);

g) podjęcia szerokiej kampanii informacyjnej, skierowanej do przedsiębiorstw i gospodarstw domowych, z udziałem lokalnych samorządów oraz organizacji pozarządowych (NGO) na temat znaczenia wody i konieczności jej oszczędzania oraz racjonalnego użytkowania oraz oferowania w tym celu edukatorom szkoleń na temat kryzysu klimatycznego i ochrony klimatu oraz udostępniania gotowych do wykorzystania i sprawdzonych pod względem jakości materiałów dydaktycznych dla wszystkich typów i poziomów szkół;

h) dalszego rozwoju błękitno-zielonej infrastruktury, a także zrównoważonego podejścia do rozwoju sieci osadniczej i infrastruktury transportowej Regionu Morza Bałtyckiego;

i) znacznej i jak najszybszej redukcji emisji gazów cieplarnianych;

j) ograniczenia zanieczyszczenia wód, w tym Morza Bałtyckiego, gleb i atmosfery, zarówno na terenach miejskich, jak i wiejskich;

k) zwiększenia efektywności oczyszczania ścieków oraz rozbudowy i rozwoju błękitno-zielonej

infrastruktury jako infrastruktury wspomagającej proces oczyszczania wód i ścieków;

l) wypracowania wspólnych inicjatyw w Regionie Południowego Bałtyku na rzecz odbudowy ekosystemów morskich, utrzymania różnorodności biologicznej wód morskich oraz ich oczyszczania z zanieczyszczeń ze źródeł lądowych oraz w szczególności ograniczenia zjawiska eutrofizacji;

m) dążenia do unieszkodliwienia i utylizacji niebezpiecznych pozostałości po II wojnie światowej zalegających na dnie Morza Bałtyckiego;

n) zwiększania ochrony wody w różnych obszarach rolnictwa, przetwórstwa, akwakultury, transportu, energetyki, zarządzania klęskami, infrastruktury wodno-kanalizacyjnej na rzecz wzmocnienia ochrony wód;

o) wspierania badań i rozwoju metod połowowych o niskim wpływie na środowisko i ich wykorzystania w rybołówstwie, jak również lepszego monitoringu oraz wspierania rozwoju marek regionalnych o ponadregionalnym zasięgu w sektorze rybołówstwa;

3. **oczekuje działań na poziomie ponadregionalnym w zakresie:**

a) zwiększenia bezpieczeństwa środowiskowego i energetycznego;

b) powoływania grupy regionalnych ekspertek i ekspertów, którzy będą stale monitorować stan środowiska oraz przebieg prac wdrożeniowych oraz technologii wodo-oszczędnych;

c) wdrożenia metod unieszkodliwiania substancji niebezpiecznych (ropopochodnych, amunicja, broń chemiczna) znajdujących się w Morzu Bałtyckim;

d) intensyfikacji dążenia do neutralności klimatycznej, poprzez ograniczanie emisji i uniezależnienie od kopalnych surowców energetycznych, w tym wspieranie projektów sprzyjających dywersyfikacji źródeł energii odnawialnej o morską energetykę odnawialną;

e) wdrażania zrównoważonej gospodarki o obiegu zamkniętym oraz strategii „od pola do stołu";

f) tworzenia warunków do przekształcenia regionu Morza Bałtyckiego w lidera technologii wodo-oszczędnych;

g) intensywnej edukacji i zwiększania świadomości mieszkańców w zakresie ochrony globalnych zasobów wody (wtórne wykorzystanie deszczówki i szarej wody a przede wszystkim szczególnych zachęt do oszczędnego używania wody przez przedsiębiorstwa, turystykę, prywatne gospodarstwa domowe, przemysł i rolnictwo);

h) wdrożenia polityk mających na celu intensyfikację działań zmierzających do ochrony różnorodności biologicznej, środowiska i klimatu na wszystkich szczeblach zarządzania i we wszystkich sektorach gospodarki;

i) zagospodarowywania terenów na obszarach szczególnego zagrożenia powodzią w taki sposób, aby nie naruszały one ustaleń planu gospodarowania wodami na obszarze dorzecza oraz planów zarządzania ryzykiem powodziowym;

j) zwiększenia ochrony lub odtwarzania naturalnych zasobów wodnych, terenów podmokłych oraz retencji wody, w szczególności poprzez rozwój naturalnych, krajobrazowych form retencji i wzmacniania potencjału retencyjnego błękitno-zielonej infrastruktury oraz potencjału ewaporacji i wsiąkania, co przyczyni się do minimalizacji zjawiska suszy;

k) tworzenia zachęt do gospodarowania na nawodnionych torfowiskach i paludykultury jako rolniczej formy użytkowania;

l) stworzenia warunków do rozwoju infrastruktury odpornej na zmiany klimatyczne celem zatrzymywania i zagospodarowania wód opadowych i roztopowych;
m) zmiany modelu funkcjonowania rolnictwa mającej na celu zmniejszenie spływu biogenów do wód;
n) skoncentrowania się na podmiotach zanieczyszczających wodę, powstrzymania zanieczyszczeń u źródła, sprawiedliwego podziału niezbędnych kosztów oczyszczania oraz zwiększenia odpowiedzialności podmiotów zanieczyszczających, zgodnie z zasadą zapobiegania i zasadą „zanieczyszczający płaci";
o) powstrzymania zanieczyszczenia mórz odpadami z tworzyw sztucznych i mikroplastikiem u źródła, nieeksportowania odpadów z tworzyw sztucznych, lecz poddawania ich rzetelnemu recyklingowi, zawarcia międzynarodowych porozumień w celu powstrzymania zanieczyszczenia mórz tworzywami sztucznymi oraz wprowadzenia zakazu stosowania mikroplastiku w kosmetykach i produktach pielęgnacyjnych;
p) ochrony wody jako dobra publicznego oraz zapewnienia, że zaopatrzenie w wodę pozostanie w rękach publicznych, aby uniknąć niedoborów wody w wyniku prywatyzacji; wzmocnienia roli samorządów w zakresie gospodarki wodą i zapewniania pierwszeństwa zaopatrzenia w wodę do celów spożywczych przed jej wykorzystaniem do celów gospodarczych;
q) sprawdzenia, czy budowa zakładów odsalających – biorąc pod uwagę energię zużytą na ten cel – może przeciwdziałać niedoborom wody i zapobiegawczo budować zakłady odsalające;
r) przygotowania i przetestowania technologii niezbędnej do utylizacji zanieczyszczeń pozostałych po II wojnie światowej;

4. **apeluje do władz na poziomie regionalnym i narodowym, a także do Komisji Europejskiej o:**

a) ciągłe monitorowanie krytycznych parametrów środowiskowych Morza Bałtyckiego, w tym Zatoki Gdańskiej oraz Zalewu Wiślanego, w szczególności tych wynikających z obecności substancji niebezpiecznych jako efektu zatopienia statków, amunicji i broni chemicznej z II wojny światowej;
b) dalszy rozwój i wdrożenie metod unieszkodliwiania substancji niebezpiecznych znajdujących się w Morzu Bałtyckim oraz utworzenie programów unijnych, które mogłyby finansować ich utylizację;
c) zwiększenie wysiłków prowadzących do zmniejszenia emisji zanieczyszczeń do środowiska, w tym Morza Bałtyckiego;
d) dalsze wzmacnianie znaczenia i potrzeby realizacji działań adaptacyjnych do zmian klimatu a także przeciwdziałanie tym zmianom;
e) uwzględnienie w dokumentach strategicznych potrzeby ochrony terenów nadmorskich przed powodziami od strony morza, w związku z podnoszeniem się jego poziomu oraz nasilającym się zjawiskiem cofki;
f) podjęcie zdecydowanych działań w zakresie polityki środowiskowej w celu przeciwdziałania zmian klimatu a także w kierunku monitoringu tych działań;
g) przyspieszenie prac nad wytycznymi opracowywanymi przez Parlament Europejski dot. możliwości wykorzystania oczyszczonych ścieków komunalnych do nawadniania upraw rolniczych;
h) inwestowanie w naturalne sposoby ochrony przeciwpowodziowej i zapobiegania suszy – m.in. poprzez odtwarzanie retencji naturalnej, małych rzek, mokradeł i tworzenie polderów;
i) wspieranie rozproszonych/lokalnych projektów błękitno-zielonej infrastruktury, pozwalających na retencję wody i jej wsiąkanie lub parowanie (ewaporacja, transpiracja) na miejscu, przez co

mogą być łagodzone skutki okresów suszy lub upałów;

j) pogłębianie współpracy podmiotów zajmujących się problemem zanieczyszczonych akwenów morskich na obszarach makroregionalnych w Europie i na świecie celem wymiany doświadczeń na temat technik unieszkodliwiania substancji niebezpiecznych znajdujących się w wodzie, np. ropopochodnych, bojowych środków trujących, niewybuchów i ich pochodnych;

k) wspieranie i współfinansowanie inwestycji wodno-kanalizacyjnych oraz rozwoju infrastruktury zatrzymywania i zagospodarowania wód opadowych i roztopowych;

l) uwzględnienie w obliczu zmian klimatycznych niezbędnych działań oraz ich odpowiednie ukształtowanie w sposób akceptowalny społecznie. Kluczowe działania powinny obejmować pomoc finansową, programy dotacji i bezpłatne usługi doradcze. Integralną część stanowić powinno również wspieranie innowacji, aby umożliwić przedsiębiorstwom tworzenie nowych miejsc pracy, a także inwestycje w restrukturyzację rynku pracy związaną ze zmianami oraz w przekwalifikowanie i szkolenia pracobiorców;

m) uwzględnienie zanieczyszczeń historycznych i problemu ich reemisji w wyniku zmiany klimatu w unijnej agendzie badawczej;

n) zwiększenie wsparcia dla usług środowiskowych w kontekście Wspólnej Polityki Rolnej;

o) wsparcie badań mających na celu zwiększenie funkcji pochłaniania CO_2 przez Morze Bałtyckie, zwłaszcza uprawy trawy morskiej;

p) przygotowanie regulacji dla użytkowników powierzchni wód Morza Bałtyckiego (żegluga, ochrona przyrody, energetyka, turystyka) z uwzględnieniem rozbudowy wykorzystania odnawialnych źródeł energii;

q) stworzenie wytycznych dla sieci obszarów chronionych w obszarach transgranicznych;

r) wykorzystanie programów transgranicznych Europejskiej Współpracy Terytorialnej (INTERREG), jako narzędzi realizacji inicjatyw wspierających Zielony Ład, nie tylko w zakresie projektów miękkich (współpraca ludzie dla ludzi), czy niskobudżetowych projektów z elementami inwestycyjnymi, ale przede wszystkim w zakresie działań transgranicznych infrastrukturalnych;

s) przeniesienie środków unijnych z zawieszonych programów transgranicznych EWT z udziałem Federacji Rosyjskiej i Białorusi na programy z udziałem regionów UE odczuwających skutki społeczno-ekonomiczne agresji Rosji na Ukrainę.

5. **W związku z katastrofą ekologiczną na Odrze (lipiec-sierpień 2022 r.) oraz wieloma innymi przypadkami zatrucia ryb w niektórych częściach Europy, m.in. w związku ze zmianami klimatycznymi, suszami i niskimi poziomami wody w rzekach, istnieje potrzeba podjęcia działań adaptacyjnych w gospodarowaniu wodami powierzchniowymi.**

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku apeluje do rządów regionalnych i krajowych oraz Komisji Europejskiej o:

a) poprawę współpracy w zakresie transgranicznego zarządzania zbiornikami i ciekami wodnymi, w tym tworzenia i uruchamiania planów ostrzegania i alarmowania;

b) intensyfikację budowy systemów wczesnego ostrzegania z wykorzystaniem nowoczesnych technologii (np. zdalny monitoring zakwitów glonów);

c) identyfikowanie i zapobieganie nielegalnym zrzutom ścieków do zbiorników wodnych;

d) dostosowanie ilości ścieków legalnych zrzutów do przepustowości odbiornika wodnego podczas okresów niskiego poziomu wody lub – w razie potrzeby – ich zmniejszanie;
e) priorytetowe traktowanie zwiększania retencji wody w terenie oraz ochronę przeciwpowodziową.

19. Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku dziękuje Radzie Wolnego i Hanzeatyckiego Miasta Hamburg za gotowość zorganizowania 19. Forum Parlamentów w 2023 roku.

Sejmik Województwa Pomorskiego

Sejmik Województwa Warmińsko-Mazurskiego

Sejmik Województwa Zachodniopomorskiego

Parlament Meklemburgii-Pomorza Przedniego

Parlament Szlezwika-Holsztynu

Rada Wolnego i Hanzeatyckiego Miasta Hamburg

Gdańsk, 20.09.2022 r.